

17. November 2025

+++ Pressemitteilung +++

### **Achim Köhler: Die Bundesregierung muss die Einreisebestimmungen für ausländische Auszubildende durchsetzen**

Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit absolvieren derzeit 16.000 Vietnamesen eine Ausbildung in Deutschland. An der Brillat-Savarin-Schule in Berlin sind jedoch von etwa 700 vietnamesischen Auszubildenden rund ein Drittel spurlos verschwunden, wie Berufsschulen und Gewerkschaften berichten. Medien decken zudem massenhafte Fälschungen von B1-Sprachzertifikaten auf, die offenbar genutzt werden, um die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen – trotz vorgeschriebener Sprachkenntnisse. Ein Presseartikel berichtet über zwielichtige Praktiken von privaten Vermittlungsagenturen und Kosten in Höhe von bis zu 20.000 Euro pro Person für Beschaffung von Sprachnachweisen, Verträgen und Visa nach Deutschland. Der Abgeordnete Achim Köhler stellte Fragen dazu. Zur Antwort der Bundesregierung (Arbeitsnummern: 10/253, 10/254, 10/255 und 10/256) erklärt Köhler:

„Ihre konkreten operativen Maßnahmen, um den Handel mit gefälschten Zertifikaten einzudämmen, will die Bundesregierung interessanterweise nicht darlegen, um angeblich „deren **Wirksamkeit** nicht zu beeinträchtigen“. Diese Ausrede ist mehr als unglaubwürdig, denn aktuell kann von der Wirksamkeit keine Rede sein. Diese sogenannten Maßnahmen der Bundesregierung sind offensichtlich ohnehin wenig wirksam, wenn überhaupt ernsthafte Maßnahmen zur Eindämmung des Einreisemissbrauchs ergriffen werden.“

Ich fordere die Bundesregierung dazu auf, die geltenden Einreisebestimmungen für ausländische Auszubildende konsequent durchzusetzen. Die zuständigen Auslandsvertretungen des Auswärtigen Amts müssen die Authentizität der Zertifikate bei der Visumerteilung genau überprüfen. Ob ein Visumantragsteller tatsächlich Deutsch spricht oder nicht, dürfte wohl nicht so schwer festzustellen sein. Wahre Fachkräfte haben es nicht nötig, ihre Zertifikate zu fälschen. Die sogenannten Fachkräfte mit gefälschten Zertifikaten können wir in unserem Land sowieso nicht brauchen.“

Pressekontakt:

Pressestelle

der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Tel. 030 22757029